

Über 180.000 Euro für ein Projekt des Kirchenkreises Celle

CELLE. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt dem Projekt des evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Celle zur „ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ projektgebunden 188.33,83 Euro zur Verfügung.

Damit erhalte der Kirchenkreis Celle für den Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 bei nur 10.100 Euro Eigenanteil die Mittel, um Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen eine nach ihrem Bedarf notwendige Beratung anzubieten, so der CDU-Bundstagsabgeordnete Henning Otte. Diese dient gemäß Projektantrag als Ergänzung zur gesetzlichen Beratungs- und Unterstützungspflicht der Rehabilitationsträger oder anderen bereits bestehenden Angeboten. Damit will der Initiator eine neutrale Beratung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglichen. Der Kirchenkreis hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen mit Behinderungen oder diejenigen, die von Behinderung bedroht sind darin zu bestärken, mehr Eigenverantwortung für eine individuelle und ihren persönlichen Wünschen entsprechende Lebensplanung und -gestaltung zu ergreifen.

Otte sieht in diesem Bescheid eine Anerkennung für die gute Arbeit des ev.-luth. Kirchenkreises, die Wolfram Beins mit seinen Mitarbeitern in der Psychosozialen Beratungsstelle schon seit vielen Jahren geleistet hat. „Für diese wertvolle Arbeit gilt mein herzlicher Dank“, erklärt der Abgeordnete.

Hintergrund: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert ab dem 1. Januar

2018 auf der Grundlage des neuen Paragraphen 32 CGB IX niedrigschwellige, von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige Beratungsangebote zur Stärkung der Selbstbestimmung von Menschen.

um rund 21 Prozent - verringert hat, ist der Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen im Bereich der Grundsicherung in den vergangenen fünf Jahren lediglich um einen Prozentpunkt auf 47 Prozent gesunken. Damit ist es in den letzten Jahren nur begrenzt gelungen, verfestigte Arbeitslosigkeit aufzulösen.

Die Finanzmittel, die jetzt zur Verfügung gestellt werden,



Henning Otte.

Archivfoto: Müller

Im Jahr 2013 waren deutschlandweit etwa 1,05 Millionen Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Obwohl sich die Zahl der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer zwischen 2008 und 2013 um rund 277.000 Personen - und damit

stammen aus dem zweckgebundenen Geld des Europäischen Sozialfonds (ESF) und sind Teil des ESF-Bundesprogrammes zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit gemäß des Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).